

EINGEGANGEN

23. Juni 2020

STAVO

MITTEILUNGEN

**des Magistrats in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am
Dienstag, den 23.6.2020 um 19:30 Uhr in der Kulturhalle Rödermark**

1. Genehmigung der Haushaltssatzung

Mit Verfügung vom 05.06.2020, eingegangen am 09.06.2020, hat das Regierungspräsidium Darmstadt die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020 inklusive der Kredit- und Liquiditätskreditermächtigung vollumfänglich genehmigt.

Die Genehmigung für das Haushaltsjahr 2021 wurde vom Regierungspräsidium bis auf weiteres zurückgestellt.

Grund dafür ist der Erlass des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport vom 30.03.2020 zum Umgang mit den wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie im kommunalen Haushaltsrecht.

In der Genehmigung stellt das Regierungspräsidium fest, dass die dauerhafte finanzielle Leistungsfähigkeit trotz des ausgeglichenen Ergebnis- und Finanzhaushaltes weiterhin als angespannt zu beurteilen ist. Dies vor allem wegen der absehbaren negativen Folgen der Corona-Pandemie.

Als positiv bewertet die Aufsichtsbehörde den Ausgleich des Ergebnis- und Finanzhaushaltes sowohl im aktuellen Haushaltsjahr als auch in den Finanzplanungsjahren. Die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes ist daher nicht erforderlich.

Der gesetzlich geforderte vorzuhaltende Liquiditätspuffer zur Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit kann bereits zum Haushaltsjahr 2020 gebildet werden, auch dies, sowie der rechtzeitig aufgestellte und geprüfte Jahresabschluss 2018, wird vom Regierungspräsidium als positiv festgestellt.

In den Hinweisen und Empfehlungen zur Haushaltswirtschaft weist der RP darauf hin, dass auch für die Erteilung von künftigen Haushaltsgenehmigungen der Ausgleich von Ergebnis- und Finanzhaushalt sowie eine nachhaltige Haushaltswirtschaft zu den maßgeblichen Beurteilungsgrundlagen zählen.

Auf die Möglichkeit, haushaltswirtschaftliche Sperren auszusprechen, wird hingewiesen.

Ferner soll auf freiwillige Aufwendungen, Auszahlungen und Aufgaben grundsätzlich verzichtet werden. Es ist angezeigt, weitere vertragliche Verpflichtungen im disponiblen Bereich zu unterlassen.

Vermögensgegenstände, welche die Stadt Rödermark zur Erfüllung ihrer Aufgaben nicht benötigt, sollen auf ihre wirtschaftlich vertretbare Veräußerbarkeit hin überprüft werden.

Es wird ferner angeregt, Beiträge und Gebühren laufend auf ihren Kostendeckungsgrad hin zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen.

Die Haushaltssatzung wurde am 18.06.20 öffentlich bekannt gemacht und liegt noch bis zum 29.06.2020 öffentlich zur Einsichtnahme aus.

2. Massive Einnahmeausfälle durch Corona-Pandemie laut Mai- Steuerschätzung

Vor dem Hintergrund eines dramatischen Wirtschaftseinbruchs in Folge der Corona-Pandemie hat der „Arbeitskreis Steuerschätzung“ vom 12.-14. Mai 2020 in Form einer Videokonferenz getagt. Das Hessische Ministerium der Finanzen hat kurz nach der bundesweiten Steuerschätzung seine Berechnung für die auf Hessen regionalisierte Steuerschätzung übermittelt.

Die Prognosen gehen davon aus, dass auch in Deutschland die Shutdown-Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie zu einer schwerwiegenden Rezession in 2020 führen. Dennoch sind die Prognosen immer noch einigermaßen optimistisch, weil in 2021 eine recht deutliche Erholung der Wirtschaft erwartet wird, die den aktuellen Einbruch zumindest teilweise kompensiert.

Für 2020 erwartet das Hessische Finanzministerium bei den beiden kommunalen Haupteinnahmequellen, dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und bei den Gewerbesteuerereinnahmen einen drastischen Rückgang. Hessenweit wird in diesem Jahr im Zuge der Corona-Pandemie mit einem Rückgang von rd. 7 % beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und mit einem Rückgang von rd. 25 % der Gewerbesteuerereinnahmen gerechnet.

Für die Stadtkasse Rödermark drohen damit 2020 Mindereinnahmen in Höhe von 1,7 Mio. € beim Einkommensteueranteil und rd. 1,8 Mio. € bei den Gewerbesteuerereinnahmen. Laut der Mai-Steuerschätzung drohen damit insgesamt rd. 3,5 Mio. € weniger an Steuereinnahmen in Rödermark in diesem Jahr.

Der Bund hat vor kurzem angekündigt, die Gemeinden massiv zu unterstützen: Seitens des Bundes ist angedacht, dass Bund und Land die Gewerbesteuerausfälle je zur Hälfte ersetzen. Ein Konsens hierzu mit den Bundesländern steht jedoch noch aus.

Für 2021 erwartet das Hessische Finanzministerium, dass der aktuelle Steuereinbruch zumindest teilweise kompensiert wird: Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer soll laut Prognose wieder um rd. 8 % steigen; bei den Gewerbesteuereinnahmen wird 2021 mit einem Anstieg von rd. 24 % gerechnet. Der Stadt Rödermark würden damit im Haushaltsjahr 2021 nach aktuellem Prognosestand Corona bedingt „nur noch“ rd. 600.000 € fehlen im Vergleich zur bisherigen Haushaltsplanung 2021.

Um den kommenden Haushalt 2021 auf solide Füße zu stellen, wird der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ Anfang September 2020 eine zusätzliche Steuerschätzung vornehmen.

3. Verlängerung FSC-Zertifizierung Stadtwald

Die Verlängerung der FSC-Zertifizierung für nachhaltige Waldbewirtschaftung des Stadtwaldes wurde erfolgreich durchgeführt. Die Zertifizierungsstelle hat mit Datum vom 20.03.2020 ein neues Gruppenzertifikat erteilt.

Das für die Re-Zertifizierung erforderliche Audit zur Überprüfung der Standards fand am 23.01. und 24.01.2020 stichprobenartig in den kommunalen Forstbetrieben Rödermark, Rodgau-Jügesheim und Heusenstamm statt.

Das neue Zertifikat hat eine Gültigkeitsdauer von 5 Jahren und gilt bis zum 20.03.2025. Die Zertifizierungsstelle weist darauf hin, dass gemäß den FSC-Standards (Indikator 6.6.1) die Wildbestände so zu regulieren sind, dass die Verjüngung der Baumarten ohne Hilfsmittel möglich wird – dies vor allem im Hinblick auf die ohnehin bereits jetzt hohen Wiederbewaldungskosten.

Insgesamt wird der Wildverbiss als zu hoch eingestuft. Die bereits in den Vorjahren vom Forstamt Langen aufgezeigten Möglichkeiten der Waldbesitzer sind weiterhin konsequent zu verfolgen. Hierzu gehören z. B. die Sensibilisierung der Jagdpächter und die Aufnahme entsprechender Anforderungen in die Jagdpachtverträge.

4. Baugebiet „Südlich alter Seeweg“

Trotz 7-jähriger Bemühungen von Stadt und HLG war ein Teil der Hamburger Erbgemeinschaft nicht zu einer Einspeisung ihrer Flächen (Flächen des alten Gaswerks) in die Gebietsentwicklung „Südlich alter Seeweg“ bereit. Mehrere Fristsetzungen, sich zu erklären, wurden von der Hamburger Erbgemeinschaft ignoriert. Ein letzter Versuch scheiterte mit Ablauf des 15.06.2020, 24:00.

Dies führt nun dazu, dass das betreffende Teilareal außen vor liegen bleiben muss und nicht entwickelt werden kann.

Die Entwicklung „Südlich Alter Seeweg“ wird nunmehr ohne die „Hamburger Erbgemeinschaft“ fortgeführt, um im nördlichen Teil, für den es bereits die betreffenden Beschlusslagen der Stadtverordnetenversammlung gibt,

zünftig voranschreiten zu können. Ziel ist es, möglichst bald Wohnbauplätze anbieten zu können. Auch sozialer Wohnungsbau soll hier zum Zuge kommen.

5. Blühendes Rödermark

Ökologische Kriterien finden bereits seit langem Eingang in die Pflege der städtischen Grünflächen. Mit dem Beitritt zum „Bündnis "Kommunen für biologische Vielfalt“ im Jahre 2012 wurden die Anstrengungen sukzessive verstärkt. Mit der Anlage von Blühwiesen im Innenbereich konnten bereits erste - weitgehend positive Erfahrungen gesammelt werden.

Gestern hat nun der Magistrat die Teilnahme am Programm „Blühendes Südhessen“ beschlossen. Mit der Aktion „Blühendes Südhessen“ möchte das ENTEGA NATURpur Institut gemeinsam mit den Kommunen in Südhessen die biologische Vielfalt verstärkt erhalten und fördern. Damit können unsere eigenen Aktivitäten auf eine neue Stufe gehoben werden. Ziele des Projektes sind es, die Natur zurück in den urbanen Raum zu holen, artenreiche Lebensräume zu schaffen, die Bevölkerung für das Thema Artenschutz zu sensibilisieren und zum Nachahmen anzuregen.

Während des Projektes trägt das ENTEGA NATURpur Institut die Kosten für die Fachberatung und Fachplanung einer Biologin/Naturgartenplanerin, finanziert eine Wildbienenhilfshilfe mit Infotafeln und bezuschusst die Anschaffung von Saatgut und Pflanzen in Höhe von 500 €.

Die Kommune stellt langfristig die Flächen zur Verfügung, bereitet die Flächen gemäß Planung vor, pflegt die Flächen, trägt die über die Förderung hinausgehende Kosten für Saatgut und Pflanzen und installiert die Hinweisschilder und die Wildbienenhilfe.

Wir gehen davon aus, dass die von uns für das Programm angemeldete Gestaltung der Flächen in der Umgebung des "Kranichkreisels" in der Frankfurter Straße am Ortseingang Ober-Roden im Herbst dieses Jahres, spätestens im Frühjahr nächsten Jahres erfolgen kann.

Die Aktion „Blühendes Südhessen“ ist eine gute Ergänzung unserer Grünpatenprojekte. 39 (!) Grünpatinnen und Grünpaten leisten mit ihrem ehrenamtlichen Engagement bereits seit Jahren einen sehr wertvollen Beitrag zur Gestaltung der städtischen Grünflächen. Seit dieser Woche unterstützen wir dieses Engagement mit einem kleinen Zuschuss aus dem Budget für Leitbildprojekte dann, wenn Grünpaten Flächen neu anlegen.

Wir freuen uns sehr über dieses bürgerschaftliches Engagement!

6. Kampagne „Respekt! Kein Platz für Rassismus“

Das Bündnis für „Respekt! Kein Platz für Rassismus“, das der Magistrat Mitte Mai auf den Weg gebracht hatte, gewinnt immer mehr an Breite und Stärke. Alternatives Zentrum, KSV Urberach, Viktoria Urberach, Netzwerk für Flüchtlinge Rödermark, club der hundefreunde Waldacker, Germania Ober-Roden, Turngemeinde und Turnerschaft Ober-Roden, Skiclub, Grüne Jugend, Junge Union, Deutsch-Türkischer Freundschaftsverein, Kunst in Rödermark, Deutscher Kinderschutzbund, Ausländerbeirat, Verein für Fitness und Schwimmsport, Musikverein 06 Urberach, BSC Urberach, Freie Evangelische Gemeinde Rödermark, Feinkost Lang, Pilates und mehr, Hotel Odenwaldblick, Freunde des gemeinschaftlichen Wohnens, Tomate, Café Schließmann, Firma Fecher und Blumen-Koser zählen zu den bisherigen Unterzeichnern der Kampagne in Rödermark; mittlerweile sind somit insgesamt 27 Vereine, Institutionen und Firmen dabei. Heute haben wir auch ein positives Signal unserer Oswald-von Nell-Breunig Schule erhalten. Aus meiner Sicht ist das phänomenal!

Hintergrund der Kampagne ist eine 2006 gegründete bundesweite Initiative, die sich gegen Rassismus, Diskriminierung und Intoleranz richtet. Sie wirbt für ein respektvolles Verhalten gegenüber anderen, für Toleranz, Anerkennung und Wertschätzung.

Wir sind alle Rödermärker! – das war und bleibt das Credo hier in unserer Stadt. Wir respektieren alle Menschen unabhängig von ihrer Hautfarbe und ihrem kulturellen Hintergrund als gleichberechtigte Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt. Mit dem Beitritt zu der Kampagne wollen wir ein sichtbares Zeichen setzen – auch und gerade nach den fremdenfeindlichen und rechtsextremistischen Attacken von Hanau und dem feigen und kaltblütigen Mord an den ehemaligen Regierungspräsidenten Walter Lübcke.

Ich bin sicher, dass noch viele weitere Vereine und Organisationen Teil dieses Netzwerks werden wollen.

Bereits jetzt möchte ich einen weiteren Schritt ankündigen:

Für die erste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung werden wir zusammen mit dem Ausländerbeirat eine Resolution vorlegen, die deutlich machen wird, das Rödermark für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit steht. Dem wollen wir gerecht werden!

7. Städtepartnerschaft mit Pleśna

Am 8. Juni wurde der Magistrat gebeten, in der Sitzung des Ältestenrates am 10. Juni darüber zu informieren, ob sich unsere polnische Partnerstadt Pleśna zu einer lesben-, schwulen-, bisexuell-, transgenderfreien Zone (LGBT - freie Zone) erklärt hat. Von Bürgermeister Józef Knapik habe ich dazu am 9. Juni folgende Antwort erhalten, die ich Ihnen auszugsweise verlesen möchte:

Zunächst aus dem Anschreiben:

„Lieber Freund!

Ich freue mich sehr, mit dir in einer so schwierigen Zeit Kontakt zu haben, in der wir immer noch mit der Corona-Pandemie zu kämpfen haben. Ich hoffe, dass niemand in eurer Stadt darunter gelitten hat. Bis zum heutigen Tag war niemand in der Gemeinde Pleśna infiziert. Aber in unserer benachbarten Gemeinde Tuchów sind derzeit mehrere Dutzend Personen infiziert. Es ist sehr schade, dass diese Pandemie unsere Pläne für ein gemeinsames Treffen und eure Feier „40 Jahre Stadtrechte“ durchkreuzt hat. In der Gemeinde Pleśna sagen wir ebenfalls alle geplanten Veranstaltungen ab oder begrenzen diese. Wir hoffen, dass sich die aktuellen Probleme schnell lösen werden und wir uns wieder treffen können.

Im Anhang sende ich eine offizielle Stellungnahme zur Problematik „LGBT-Freien-Zone“. In unserer Gemeinde gibt es in diesem Bereich keine Initiative und diesbezüglich wurde auch kein Beschluss des Gemeinderats gefasst.

Unserer Meinung nach gibt es hierfür auch keine Notwendigkeit, da Respekt gegenüber jedem Menschen gebührt.“

In der Stellungnahme der Gemeinde Pleśna heißt es:

„Im Zusammenhang mit der an uns gerichteten Frage informiere ich darüber, dass die Regierung der Gemeinde Pleśna die Resolution oder eine andere gesetzlich vorgesehene Handlung im Rahmen der Einrichtung der sogenannten "LGBT-Freien-Zone" nicht angenommen hat oder sich in irgendeiner Weise auf diese Ideologie bezieht.“

Ich habe mich sehr über das Schreiben meines Bürgermeisterkollegen und Freundes Józef Knapik gefreut. Der Inhalt seines Schreibens bestärkt mich darin, dass die einstimmige Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung für Pleśna als unsere vierte Partnerstadt richtig war.